

Zilla, Claudia

Research Report

"No" zur Verfassungsreform in Venezuela

SWP-Aktuell, No. 67/2007

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Zilla, Claudia (2007) : "No" zur Verfassungsreform in Venezuela, SWP-Aktuell, No. 67/2007, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254717>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

»No« zur Verfassungsreform in Venezuela

Claudia Zilla

Nach einer Dekade stetiger Wahlerfolge erlitt Hugo Chávez am 2. Dezember bei dem Referendum über sein Verfassungsprojekt seine erste Niederlage. Das Wahlergebnis war knapp, es reichte jedoch, um seine Reformpläne zu stoppen. Diese hätten zu einem erheblichen Zuwachs an Macht für den Präsidenten, zu einer weiteren Aushöhlung der Demokratie und zum Aufbau einer staatszentrischen Wirtschaft geführt. Nun steht die siegreiche Opposition vor der Herausforderung, auf der Basis dieses Erfolgs eine konstruktive und programmatische Alternative zum »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« zu entwickeln. Der geringe Zusammenhalt in ihren Reihen und das Fehlen einer Integrationsfigur werden es ihr allerdings schwer machen, diese Aufgabe zu erfüllen.

Bei einer Wahlbeteiligung von rund 56 Prozent setzten sich die Gegner des Verfassungsprojekts von Hugo Chávez mit wenig mehr als der absoluten Mehrheit der Stimmen durch. Bereits einige Wochen zuvor hatten die meisten Meinungsumfragen der Opposition einen knappen Vorsprung vorhergesagt. Doch gab es zahlreiche Fakten, die dieser Prognose entgegenzustehen schienen: Die Wettbewerbsbedingungen waren für die Opposition widrig. Die Regierung entfesselte eine massive Ja-Kampagne, die durch die staatlich kontrollierten Massenmedien getragen wurde und für die Beschäftigten in den staatlichen Einrichtungen eindeutig als Druck zu spüren war. Man erwartete eine niedrige Wahlbeteiligung, die tendenziell die Regierung begünstigen würde. Der nationale Wahlrat gilt als parteiisch, und diesmal hatten die Organisation Amerikanischer Staaten und

die Europäische Union keine Wahlbeobachtungsmissionen nach Venezuela geschickt. Für den Fall einer Niederlage des Präsidenten war man – vor dem Hintergrund der angespannten Lage – im Zweifel, ob dieser das Ergebnis überhaupt akzeptieren würde. Diese Skepsis wurde durch die Tatsache genährt, dass Chávez seit September eine Reihe von »Komitees zur Verteidigung der Verfassungsreform« gebildet und deren Mitgliedern das Gelöbnis abgenommen hatte, sich gegen alle Widerstände für die Durchsetzung des neuen Textes zu engagieren.

Das Verfassungsprojekt

Am 2. November 2007 stimmte die venezolanische Nationalversammlung mit großer Mehrheit einem neuen Verfassungstext zu, der gegenüber dem alten von 1999 die Veränderung von insgesamt 69 Artikeln vor-

sah: 33 davon waren auf Betreiben des Präsidenten novelliert worden, die übrigen 36 auf Initiative des Parlaments. Die neue Verfassung sollte schließlich in einem Volksentscheid, bei dem die Bürger zwischen zwei Artikelgruppen (Block A und B) wählen konnten, angenommen werden.

Die Umsetzung des Verfassungsprojekts hätte für Venezuela eine demokratische Rückentwicklung bedeutet: Durch die geplanten Änderungen wären dem Präsidenten beträchtliche Befugnisse, bis in die Kompetenzbereiche anderer Gewalten hinein, eingeräumt, institutionelle Kontrollen abgebaut und Bürger- und politische Partizipationsrechte eingeschränkt worden. Der vorgesehene Verfassungstext stellte außerdem die Weichen für eine staatliche Lenkung der Wirtschaft, und auch die letzten Barrieren vor einer ideologischen Gleichschaltung des Staates und der öffentlichen Sphären wären gefallen.

Um für ein »Ja« zur Verfassungsreform zu werben, holte die Regierung jedoch nicht die Peitsche heraus, sondern Zuckerbrot: So pries Chávez etwa die neuen arbeitsrechtlichen Regelungen, wie eine Reduzierung der Arbeitszeit, und die Schaffung eines Sozialfonds zur Finanzierung einer (fast) allgemeinen Grundrente. Der Präsident hob auch hervor, dass durch die Konstituierung einer nicht näher definierten »Volksmacht« mit Verfassungsrang die politischen Beteiligungsmöglichkeiten erweitert würden. Durch diese nicht gewählte, sondern sich sozusagen selbstgenerierende Gewalt, würde das Volk seine Souveränität direkt ausüben können.

Die Effekte der Großmannssucht

Chávez hat zu seiner ersten Wahlniederlage seit seinem Amtsantritt 1999 selbst beigetragen, vor allem durch die enge Verknüpfung des Referendums mit seiner Person, seine verbale Radikalität und seine konfrontative Haltung gegenüber anderen Staaten:

- ▶ Vielen »Systemträgern« ist nicht unbemerkt geblieben, dass die neue Verfassung in erster Linie einen Blankoscheck

für den Präsidenten dargestellt hätte. Einige kritisierten auch, dass ein solch tiefgreifendes Reformprojekt nicht einfach vom Parlament, sondern nur von einer Verfassungsgebenden Versammlung beschlossen werden dürfe. Chávez hatte auf diese Zweifel in den eigenen Reihen mit der Drohung reagiert, die Verfassungsreform werde die getarnten Verräter des Sozialismus des 21. Jahrhunderts ans Licht bringen.

- ▶ »Wer mit mir ist, ist für die Verfassungsreform. Wer sie ablehnt ist mit Bush«, hatte Chávez im Vorfeld des Referendums erklärt und in Erwägung gezogen, die Öllieferungen an die USA zu stoppen.
- ▶ Wegen der Zurechtweisung durch König Juan Carlos auf dem Iberoamerikanischen Gipfeltreffen in Santiago de Chile (»Warum hältst du nicht den Mund?«) hatte Chávez vom spanischen Monarchen eine Entschuldigung gefordert. Sollte diese ausbleiben, werde er spanische Banken in Venezuela verstaatlichen und spanische Direktinvestitionen in seinem Land genau unter »die Lupe« nehmen.
- ▶ Aus der Vermittlung Chávez' zwischen dem kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe und den FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) war ein zwischenstaatlicher Konflikt entstanden. Der venezolanische Präsident legte daraufhin die Beziehungen mit dem Nachbarland »bis zur Abwahl Uribes« auf Eis.

Die neue Opposition

Gegen die Verfassungsreform formierte sich eine breite Front des Widerstands. Diesmal ging es nicht, wie im Jahr 2005, darum, die Wahlen zu boykottieren, was den Chavisten letztendlich die Kontrolle über die Nationalversammlung verschafft hatte, sondern um den Sieg beim Urnengang.

Dabei spielten neben den traditionellen Regierungsgegnern (Mittel- und Oberschicht, Wirtschaftsakteure, alte Parteien) kritische Linksintellektuelle, aber vor allem die Studentenbewegung eine zentrale Rolle sowie einige Alt-Chavisten, die nun in der

Verfassungsfrage auf Distanz zum Präsidenten gingen.

Zu den letzteren gehört die vormals regierungstragende Partei **PODEMOS** (*Por la Democracia Social*): Sie stimmte gegen das Verfassungsprojekt. Ihr Generalsekretär, Ismael García, der sich als Anhänger einer Sozialdemokratie *a la española* bezeichnet, charakterisierte die Verfassungsreform als Staatstreich, als Versuch, einen hegemonialen Staat durchzusetzen.

Ähnlich argumentierte Chávez' langjähriger Gefolgsmann **Raúl Baduel**. Der ehemalige General, der bis Juni 2007 Verteidigungsminister war, hatte eine Schlüsselrolle bei der Militäroperation gespielt, die Chávez nach dem Putsch vom April 2002 wieder ins Amt brachte. Jetzt trat Baduel als treuer Verfechter der Verfassung von 1999 auf. Er verurteilte das Vorhaben Chavez' als »betrügerische Verfassungsreform«, die nicht zu Sozialismus und mehr Demokratie, sondern zu Staatskapitalismus und Hypertrophie der exekutiven Gewalt auf Kosten der Volkssouveränität führen werde.

Die herausragende Kraft innerhalb der Opposition war jedoch die **Studentenbewegung**. Ihre Stunde schlug, als sich Chávez im Mai 2007 weigerte, dem Sender RCTV (*Radio Caracas Televisión*) die Lizenz zu verlängern, woraufhin es zu Massenprotesten kam. Der Jurastudent Yon Goicoechea, bekanntestes Gesicht der Bewegung, erhielt große mediale Aufmerksamkeit und konnte sich in der Gesellschaft viel Rückhalt verschaffen. Unter seiner Führung reichten die Studenten privater und staatlicher Universitäten ein Dokument beim Obersten Gericht ein, in dem sie die Verschiebung des Plebiszits forderten. Dabei machten sie deutlich, dass sie sich nicht gegen die Regierung, eine Person oder Politik wendeten, sondern für den Rechtsstaat, die demokratischen Prinzipien und Werte einträten.

Zu den »Nein«-Wählern gesellten sich darüber hinaus zahlreiche **Bürger**, die im Prinzip der Regierungsideologie nahe stehen, aber mit dem Abbau der Demokratie oder mit den Leistungen des Ölstaats nicht zufrieden sind. Ungelöste und in vie-

len Bereichen sich verschärfende Probleme wie die extrem hohe Kriminalitätsrate und die schlechte Versorgungslage werden für viele Venezolaner immer stärker spürbar. Im heutigen Venezuela kostet ein Liter Benzin nur rund 3 Euro-Cent, aber Milch zum Beispiel ist zur Mangelware geworden. Während Teile der Oberschicht nach Kolumbien emigrieren, entsteht in Venezuela eine sogenannte »*Boliburguesía hummera*«, eine neue Oberschicht der bolivarianischen Republik, die gern den Geländewagen »Hummer« fährt. Dabei handelt es sich meist um Personen, die den Staatsapparat bzw. die Verwaltung kontrollieren und sich durch Korruptionspraktiken bereichern haben.

Der Anfang vom Ende?

Die Ablehnung der Verfassungsreform durch die Bürger und die folgende Anerkennung der Niederlage durch Chávez können als ein Sieg für die Demokratie in Venezuela bewertet werden. Durch das mehrheitliche »No« ist es gelungen, den Prozess der Macht- ausweitung des Präsidenten, der Verschmelzung von Staat und Regierung und der Einschränkung von privaten bzw. zivilgesellschaftlichen Räumen zumindest zu bremsen.

Auch ohne eine neue Verfassung verfügt Chávez allerdings über erhebliche Machtressourcen. Extrem hohe Öleinnahmen, ideologietreue Institutionen und das im Januar 2007 vom Parlament erlassene Ermächtigungsgesetz sind wirkungsvolle Herrschaftsinstrumente. Schon hat der Präsident angedeutet, dass er »nur fürs Erste« gescheitert sei, und eine zweite Offensive versprochen.

Chávez hat in letzter Zeit Anhänger verloren, in der eigenen Bewegung und in der Bevölkerung. Dafür sind hauptsächlich drei Faktoren verantwortlich:

- ▶ Mit seinem personalisierten Regierungsstil macht sich Chávez immer wieder Feinde in den eigenen Reihen. Der Populist verhindert die institutionelle Verankerung seines Projekts und den Aufbau anderer Integrationsfiguren. Wie in allen charismatisch-personalistischen Regimen

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

hat auch im chavistischen System die Nachfolgefrage besondere Brisanz. So entsteht der Verdacht, Chávez gehe es lediglich um persönlichen Machtaufbau und Machterhalt.

- ▶ Die verbreitete und für jedermann sichtbare Korruption im Staatsapparat diskreditiert das boliviarische Modell und wirkt einer effektiven Regierungspolitik entgegen. Fehlende Transparenz und Professionalität sowie Willkür in den Entscheidungen sind Steuerungshindernisse. Im Hinblick auf die Stabilität des Chávez-Regimes ist in diesem Zusammenhang ausschlaggebend, wie stark sich die »Boliburgueses« mit dem chavistischen Projekt tatsächlich ideologisch identifizieren und ob Chávez mehr Kontrolle über sie gewinnen kann.
- ▶ Die Ölerrträge und der staatliche Assistenzialismus können das Fehlen einer entwicklungsfördernden Politik nicht völlig kompensieren. Die Regierung Chávez steht inzwischen unter dem Druck, einen allseits spürbaren Beitrag zur Wohlfahrtssteigerung zu liefern.

Die innenpolitischen Herausforderungen könnten den außenpolitischen Aktivismus Chávez' etwas mäßigen. Dennoch ist in der Außenpolitik kein Kurswechsel zu erwarten, vor allem dann nicht, wenn der weltweite Ölpreis so hoch bleibt. Dass die Wahlen fair verlaufen sind und sie das Ergebnis akzeptiert hat, stellt die venezolanische Regierung vor den regionalen und internationalen »Bedenkenträgern« als Zeugnis ihrer Demokratietreue heraus. Nun haben die Parlamente Paraguays und Brasiliens einen Grund weniger, dem Mercosur-Beitritt Venezuelas nicht zuzustimmen. Im Übrigen stehen die außenpolitischen Spannungen Venezuelas in keinem direkten Zusammenhang mit seiner inneren Verfasstheit. Die südamerikanischen Länder werden auf die Ansprüche und regionalpolitischen Initiativen Chávez' je nach Interessenlage weiterhin mit freundlicher Distanz, einer Einbindungsstrategie oder einer von finanzieller Abhängigkeit gesteuerten Zustimmung reagieren.

Über den negativen Konsens hinaus?

Die Opposition hat jetzt die Erfahrung gemacht, dass sie Chávez bei Wahlen besiegen kann. Ihre größte Herausforderung wird es nun sein, den negativen Konsens mit Inhalt zu füllen und daraus eine programmatische Alternative zum chavistischen Projekt zu entwickeln.

Die Opposition ist stärker geworden, zugleich aber heterogener. Sie umfasst sowohl die Überreste der alten Parteien als auch »chavistische Deserteure«. Die prominenteste Gruppe, die Studenten, hat sich für parteienneutral erklärt und vermeidet es, politische Inhalte zu diskutieren. Auf dieser Strategie gründen sich die hohe Legitimität, die ihr in der Gesellschaft zuerkannt wird, und ihr Mobilisierungserfolg. Zugleich hindert sich die Studentenbewegung dadurch jedoch selbst daran, als Substitut einer organisierten parteipolitischen Opposition zu fungieren.

Vor diesem Hintergrund gestaltet sich eine demokratiefördernde Zusammenarbeit mit Akteuren der Opposition schwierig. Im Kontext gesellschaftlicher Polarisierung und aufgeheizter nationalistischer Gefühle könnte sich ausländische Hilfe sogar negativ auswirken und den Adressaten der Hilfe eher schaden. Es gilt vielmehr, auf Regierungsebene und im Rahmen internationaler Organisationen die Kosten für Chávez zu erhöhen, die Demokratie in Venezuela weiter abzubauen. Ein Beitrag dazu könnte darin bestehen, dass man dem Prozess der Selbstverstümmelung der venezolanischen Nationalen Versammlung durch einen intensiveren und kritischen Dialog auf interparlamentarischer Ebene entgegenwirkt.

Wenn eine ernste Bedrohung für Chávez entstehen sollte, dann wird diese eher aus den eigenen Reihen erwachsen. Mitbegründer der Bewegung oder ehemalige Regierungsmitglieder wie Luis Miquilena oder Raúl Baduel sind Persönlichkeiten, die es sich leisten können, sich in der Öffentlichkeit mit den Prinzipien des chavistischen Modells zu identifizieren und zugleich dessen Auswüchse anzuprangern.